



Freie und Hansestadt Hamburg

Bezirksamt Altona

Bezirksamt Altona - Dezernat Wirtschaft,
Bauen und Umwelt - 22758 Hamburg

Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt
A/WBZ2 Fachamt Bauprüfung

###

Jessenstraße 1 - 3
22767 Hamburg
Telefon 040 - 4 28 11 - 63 63
Telefax 040 - 427 3 13276
E-Mail Zentrum-Wirtschaft-Bauen-
Umwelt@altona.hamburg.de

Ansprechpartnerin: ###
Zimmer ###
Telefon 040 - 4 28 11 - ###
Telefax ###
E-Mail ###

GZ.: A/WBZ/02858/2016
Hamburg, den 21. Juli 2016

Verfahren
Eingang

Baugenehmigungsverfahren nach § 62 HBauO
19.04.2016

Grundstück
Belegenheiten
Baublock
Flurstücke

203-013
282, 283, 2470, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546 in der
Gemarkung: Altona-Südwest

**Neubau einer Wohnanlage mit 58 Wohneinheiten (davon 19 WE als Mietwohnungen im
1. Förderweg IFB) und einer Tiefgarage mit 39 PKW-Stellplätzen**

GENEHMIGUNG

Nach § 72 der Hamburgischen Bauordnung (HBauO) in der geltenden Fassung wird
unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das oben beschriebene
Vorhaben auszuführen.

Dieser Bescheid gilt nach § 58 Absatz 2 HBauO auch für und gegen die
Rechtsnachfolgerin oder den Rechtsnachfolger.



WC

Sprechzeiten:
nach Vereinbarung im Service Zentrum
oder beim Sachbearbeiter

Öffentliche Verkehrsmittel:
S1, S11, S2, S3, S31 Altona
112, 155 Große Bergstraße

Die bauordnungsrechtliche Genehmigung erlischt nach § 73 Absatz 1 HBauO, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Erteilung mit der Ausführung des Vorhabens nicht begonnen oder die Ausführung länger als ein Jahr unterbrochen worden ist.

Sie kann auf schriftlichen Antrag nach § 73 Absatz 3 HBauO jeweils um bis zu einem Jahr verlängert werden.

Dieser Bescheid schließt ein:

1. Gehwegüberfahrt
Erlaubnis gemäß § 18 Absatz 1 HWG vom 22.01.1974 in der geltenden Fassung für die Herstellung einer Gehwegüberfahrt gemäß Bauvorlage 8/56 und 8/66, für die Zu- und Abfahrt der Tiefgarage, im Bereich Blücherstraße 3/9.

Nebenbestimmung

Die Gehwegüberfahrt ist in einer maximalen Breite von 4,0m, gemessen an der zukünftigen Grundstücksgrenze, genehmigungsfähig.
Die Überfahrt soll für Lkw über 3,5 t zul. Gesamtgewicht genutzt werden.

Diese Erlaubnis wird unbefristet erteilt.

2. Aufgrabescheine
Erlaubnisse gemäß § 22 Absatz 1 HWG für das Verändern bzw. Aufgraben des öffentlichen Weges (Aufgrabescheine).

Nebenbestimmung

Diese Erlaubnisse werden befristet erteilt, bis zur Fertigstellung der beantragten Baumaßnahme.

Die einzelnen Aufgrabungen sind mit der Wegeaufsicht abzustimmen (siehe wegerechtliche Anforderungen)

3. Baustelleneinrichtung
Sondernutzungserlaubnis gemäß § 19 Absatz 1 HWG vom 22.01.1974 in der geltenden Fassung für die Benutzung des öffentlichen Weges durch die Baustelleneinrichtung (BE) im Bereich Blücherstraße 3/9.

Nebenbestimmung

Für die Benutzung des öffentlichen Grundes durch die BE sind gemäß der Gebührenordnung für die Verwaltung und Benutzung der öffentlichen Wege, Grün- und Erholungsanlagen vom 06. Dez. 1994 in der geltenden Fassung Sondernutzungsgebühren an die Freie und Hansestadt Hamburg zu entrichten.

Diese Erlaubnis ist gleichbedeutend dem Antrag auf Sondernutzung und somit die Berechtigung zur Erhebung der Gebühren.

Die endgültige Nutzfläche der BE wird nach Herstellung dieser durch die zuständige Wegeaufsicht aufgemessen.
Ein gesonderter Kostenfeststellungsbescheid wird der Bauherrin zugesandt.

Sollte für die Baustelleneinrichtung die gesamte Gehwegbreite in Anspruch genommen werden, ist der fußläufige Verkehr in Abstimmung mit der Verkehrspolizei des Polizeikommissariats 21 auf den gegenüberliegenden Gehweg zu leiten. Eine entsprechend vorgeschriebene Beschilderung/Absperrung ist aufzustellen. Ansonsten ist eine Gehwegmindestbreite von 1,50 m sicherzustellen.

Diese Erlaubnis wird befristet erteilt, bis zur Fertigstellung der beantragten Baumaßnahme.

4. Höhenanweisung
gemäß § 26 Abs. 2 HWG vom 22.01.1974 in der geltenden Fassung für den Bereich Blücherstraße 3/9.
In dem beantragten Bereich sind keine straßenbaulichen Veränderungen geplant. Bei der Planung und dem Bau neuer Gebäude und Außenanlagen ist an die vorhandenen Wegehöhen anzuschließen. Maßgebend sind die Höhen an der zukünftigen Grundstücksgrenze. D.h. die Höhe des Gebäudes an der Blücherstraße ist so zu planen, dass ein Gefälle zwischen Gebäude OK Fertigfußboden EG und OK Bordstein, von mind. 2,5 % bis max. 4,0 %, als Quergefälle zur Fahrbahn hin, im Gehwegbereich eingehalten und ausgebildet werden kann.
5. Ausnahmegenehmigung nach § 4 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung für das Fällen der Bäume auf privatem Grund:
Birke (Stammd. 37 cm), Bergahorn (Stammd. 46 cm), Birke (Stammd. 39 cm), Bergahorn (Stammd. 41 cm), Bergahorn (Stammd. 46 cm), Birke (Stammd. 61 cm) und das Roden der Hecke auf 12 Länge

Begründung

Die Entnahme erfolgt zur Räumung des Baufeldes und der Neubebauung.

6. Ausnahmegenehmigung nach § 4 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung für einen Kronenpflegeschnitt nach ZTV-Baumpflege auf privatem Grund Ausgabe 2006, Punkt 3.1.6 betrifft einen Weissdorn (Stammd. 32 cm).

Begründung

Der Kronenpflegeschnitt dient der Erhaltung des Baumes.

7. Ausnahmegenehmigung nach § 4 der Verordnung zum Schutz des Baumbestandes und der Hecken in der Freien und Hansestadt Hamburg (Baumschutzverordnung) in der geltenden Fassung für das Fällen von sechs Straßenbäumen (Schwedische Maulbeere) unter Bedingungen (siehe Pkt. 10.3 des Bescheides)

Planungsrechtliche Grundlagen

Durchführungsplan	331 mit den Festsetzungen: G 4 g, Gem. Stellplätze Baugesetzbuch
Gestaltungsverordnung	Verordnung zur Gestaltung von Neu-Altona
Erhaltungsverordnung	Soziale Erhaltungsverordnung Altona-Altstadt

Ausführungsgrundlagen

Bestandteil des Bescheides

- die Vorlagen Nummer

8 / 2 a	02_20160419_Antragsformular
8 / 5 a	05a_20160419_Auszug aus dem Liegenschaftskataster_Erlaeuterung
8 / 6 a	05b_20160331_Auszug aus dem Liegenschaftskataster
8 / 14 a	08_20160419_Abweichungsantraege
8 / 16 a	09b_20160419_Baubeschreibung_TGA
8 / 17 a	09c_20160415_Baubeschreibung Tragwerk
8 / 18 a	09d_20160413_Erlaeuterung_Freianlagen
8 / 19 a	10a_20160419_optionale Gewerbenutzung
8 / 20 a	10b_BLU_20160419_EG-Gewerbe_P_-
8 / 21 a	12a_20160331_Verkehrplanerische Beurteilung
8 / 22 a	12b_20160331_Lageplan Schleppkurven zur Verkehrsplanerischen Beurteilung
8 / 23 a	13a_20160419_Nachweis Fahrradplätze
8 / 24 a	14a_20160413_Flaechen_BGF_BRI
8 / 25 a	14b_20160413_Wohnflaechen
8 / 26 a	15a_20160415_ITW_Brandschutzkonzept mit Anlagen
8 / 27 a	15b_20160315_ITW_Schnitt1_Anleiterbarkeit_Feuerwehr
8 / 28 a	15b_20160414_ITW_1Obergeschoss_Brandschutzanforderungen
8 / 29 a	15b_20160414_ITW_2Obergeschoss_Brandschutzanforderungen
8 / 30 a	15b_20160414_ITW_3Obergeschoss_Brandschutzanforderungen
8 / 31 a	15b_20160414_ITW_4Obergeschoss_Brandschutzanforderungen
8 / 32 a	15b_20160414_ITW_5Obergeschoss_Brandschutzanforderungen
8 / 33 a	15b_20160415_ITW_Erdgeschoss_Brandschutzanforderung
8 / 34 a	15b_20160415_ITW_Lageplan_Feuerwehrflaechen
8 / 35 a	15b_20160415_ITW_Untergeschoss_Brandschutzanforderungen
8 / 42 a	23ab_20160419_Muellmengenberechnung
8 / 44 a	24b_20160404_Nachweis Abstellräume
8 / 45 a	24c_20141110_Gefahrenerkundung_Kampfmittelverdacht
8 / 46 a	24d_20160413_Rodungsanträge
8 / 47 a	24e_20160415_Baumgutachterliche Kurzstellungnahmen
8 / 48 a	25a_BLU_20160419_1-Obergeschoss_P_-
8 / 49 a	25a_BLU_20160419_2-Obergeschoss_P_-
8 / 50 a	25a_BLU_20160419_3-Obergeschoss_P_-
8 / 51 a	25a_BLU_20160419_4-Obergeschoss_P_-
8 / 52 a	25a_BLU_20160419_5-Obergeschoss_P_-
8 / 53 a	25a_BLU_20160419_Ansicht-O_P_-
8 / 54 a	25a_BLU_20160419_Ansicht-S_P_-
8 / 55 a	25a_BLU_20160419_Ansicht-W_P_-
8 / 56 a	25a_BLU_20160419_Erdgeschoss_P_-
8 / 57 a	25a_BLU_20160419_Lageplan - Abstandsflächen_P_-
8 / 58 a	25a_BLU_20160419_Lageplan - Überschreitung Durchführungsplan_P_-
8 / 59 a	25a_BLU_20160419_Lageplan_P_-
8 / 60 a	25a_BLU_20160419_Schnitt-A-A_P_-
8 / 61 a	25a_BLU_20160419_Schnitt-B-B_P_-
8 / 62 a	25a_BLU_20160419_Untergeschoss_P_-
8 / 63 a	25b_20160413_GHP_Landschaftsarchitekten Schnitt AA

8 / 64 a	25b_20160413_GHP_Landschaftsarchitekten_Flaechenplan
8 / 65 a	25b_20160413_GHP_Landschaftsarchitekten_Hoehenabstimmung
8 / 66 a	25b_20160413_GHP_Landschaftsarchitekten_Lageplan
8 / 67 a	25b_20160413_GHP_Landschaftsarchitekten_Rodungsplan
8 / 68 a	20160510_Bluecherstrasse_Nachforderung_Befreiungsantraege_Baulinie
8 / 69 a	20160603_Geschossberechnung
8 / 71 a	20160615_Grafischer nachweis über die Abstandsflächen TG-Abluft
8 / 72 a	20160615_Berechnung der natürlichen Lüftung TG
8 / 73 a	15a_20160616_ITW_Brandschutzkonzept Ergaenzung 1
8 / 74 a	15b_20160616_ITW_Lageplan_Feuerwehrflaechen
8 / 78 a	20160708_Stellungnahme Blücherstr 3-9 Schallimmissionen_Laermkontor
8 / 80	09a_20160419_Baubeschreibung_Architektur
8 / 81	21_20160414_Bauakustik Nachweis nach DIN 4109

Sie sind im Rahmen des gesetzlich geregelten Prüfungsumfanges verbindlich.
Die Grüneintragungen in den Vorlagen sind zu beachten.

Erteilte Abweichungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften

8. Folgende planungsrechtliche Befreiungen werden nach § 31 Absatz 2 BauGB erteilt

- 8.1. für das Überschreiten der Baulinie des Durchführungsplans D 331 im Bereich Blücherstraße auf einer Fläche von ca. 519 m²

Begründung

Die Befreiung ist städtebaulich vertretbar. Eine Befreiung für das Überschreiten der Fläche von ca. 430 m² wurde im Rahmen des Bauvorbescheides vom 01.07.2015 bereits erteilt. Die Flächenvermehrung auf ca. 519 m² resultiert aus der harmonischen architektonischen Ausgestaltung des Gebäudekörpers, der Balkone sowie von Vor- und Rücksprüngen. Die Grundzüge des Baukörpers aus dem Bauvorbescheid werden, ebenso wie die nachbarschaftlichen Belange, nicht tangiert.

- 8.2. für das Überschreiten der Baulinie des Durchführungsplans D 331 im Innenhof durch Bauteil C/D auf einer Fläche von ca. 304 m²

Begründung

Die Befreiung ist städtebaulich vertretbar. Eine Befreiung für das Überschreiten der Fläche von ca. 280 m² wurde im Rahmen des Bauvorbescheides vom 01.07.2015 bereits erteilt. Die Flächenmehrung auf ca. 304 m² resultiert aus der harmonischen architektonischen Ausgestaltung des Gebäudekörpers, der Balkone sowie von Vor- und Rücksprüngen. Die Grundzüge des Baukörpers aus dem Bauvorbescheid werden, ebenso wie die nachbarschaftlichen Belange, nicht tangiert.

9. Folgende bauordnungsrechtliche Abweichungen werden nach § 69 HBauO zugelassen

- 9.1. von § 52 (4) HBauO "Die Zugänglichkeit mit dem Rollstuhl ist gegeben, wenn (...) 2.1 Türen zu den Räumen, an die Anforderungen gestellt werden, eine lichte Breite von mind. 90 cm haben"- für die Ausführung der Wohnungstüren innerhalb der Wohnung mit einer lichten Breite von 80 cm.

Bedingung

Die Vorgaben der DIN 18040-2 (u.A. Ausführung der Wohnungseingangstüren mit einer lichten Durchgangsbreite von mind. 90 cm) sind einzuhalten.

- 9.2. von § 52 (4) HBauO "Die Zugänglichkeit mit dem Rollstuhl ist gegeben, wenn (...) (2.3) im Bad vor Waschtisch und Toiletten (...) eine Bewegungsfläche von 1,50 x 1,50 m vorhanden ist"- für die Ausführung der entsprechenden Bewegungsflächen in den Sanitärräumen mit einer Bewegungsfläche von 1,20 x 1,20 m.

Bedingung

Die Vorgaben der DIN 18040-2 sind einzuhalten.

- 9.3. von § 52 (4)1 HBauO "Wohnungen (...) sind barrierefrei erreichbar, wenn Rampen und Flure bis zu den Wohnungen mindestens 1,50 m breit sind"- für die Ausführung der Fluren im Untergeschoss teilweise mit einer lichten Breite von 1,20 m, wenn eine ausreichende Wendefläche von mind. 1,50 x 1,50 m vorhanden ist.

Bedingung

Die Vorgaben der DIN 18040-2 sind einzuhalten.

- 9.4. von § 5 (1)1 "Rampen von Mittel- und Großgaragen dürfen nicht mehr als 15 vom Hundert geneigt sein."- für die Ausführung der Rampe zur Tiefgarage mit einer Neigung von 20 %

Die Neigung der Rampe zur TG beträgt 20 % und entspricht somit nicht den gemäß § 5 Abs. 1 GarVO geforderten 15 % für Mittel- und Großgaragen. Eine Fremdnutzung der TG ist ausgeschlossen, da diese TG nur ausschließlich von den Bewohnern genutzt wird. Die Rampe befindet sich vollständig innerhalb des Gebäudes. Somit sind Beeinträchtigungen durch Witterungseinflüsse ausgeschlossen.

Da der obere Bereich der Rampe ausgerundet ist und vor dem öffentlichen Gehweg eine 3,0 m lange Aufstellfläche mit geringer Neigung, auf privatem Grund, vorgesehen ist, ist vor dem Befahren des öffentlichen Gehweges ein gefahrenfreies Anhalten und ein ausreichender Sichtkontakt (Sichtdreiecke) gewährleistet.

Bedingungen

- 9.4.1. Die Aufstellfläche muss auf privatem Grund mit einer Länge von mind. 3,0 m vor dem öffentlichen Grund ausgebildet werden. Es ist sicherzustellen, dass es unmittelbar vor der Tiefgaragenausfahrt keine direkte Gehwegverbindung gibt.
- 9.4.2. In dem 20 % Bereich im Außenbereich sind rechts und links von der Torausfahrt Schutzbügel zu installieren.
- 9.4.3. Eine Lichtzeichenalarmanlage zur Warnung der FußgängerInnen, die bei

Ausfahrt der Fahrzeuge aus der Tiefgarage auslöst, ist im Außenbereich zu installieren.

- 9.5. von § 4 (4) GarVO -"Großgaragen müssen getrennte Fahrbahnen für Zu- und Abfahrten haben"- für die einspurige Rampe der Großgarage mit Ampelanlage

Gemäß § 4 Abs. 4 GarVO müssen Großgaragen getrennte Fahrbahnen für die Zu- und Abfahrten aufweisen. Es handelt sich hier um eine Großgarage mit geringem Zu- und Abgangsverkehr. Die Gesamtgröße, entscheidend für die Zuordnung einer Großgarage, wird lediglich um 15 m² überschritten. Die Garage beinhaltet nur 39 Stellplätze. Es ist eine den Zu- und Abgangsverkehr regelnde Lichtsignalanlage eingeplant. Die Breite innerhalb der TG ist für den Begegnungsverkehr ausreichend. Eine Warteposition im Bereich der Blücherstraße ist nicht vorgesehen.

Da die Blücherstraße nicht stark frequentiert wird, ist davon auszugehen, dass es aufgrund eines wartenden Pkw im Fahrbahnbereich der Blücherstraße nicht zu Beeinträchtigungen im Straßenverkehr kommen wird.

Bedingung

Die Ausführung der geplanten Lichtsignalanlage für die Regelung des Zu- und Abgangsverkehrs.

- 9.6. von § 4 Abs. 5 GaVO für den Entfall des Gehweges im Rampenbereich der Tiefgaragezu- und abfahrt

Bei Großgaragen ist gemäß § 4 Abs. 5 GarVO neben den Fahrbahnen der Zu- und Abfahrt ein mind. 0,8 m breiter Gehweg erforderlich. Dieser Gehweg soll hier entfallen, da die Rampe mit 20 ° Neigung sich nicht für Fußgänger und Radfahrer eignet. Stattdessen ist die Ausführung einer zusätzlichen Außentreppe geplant.

Bedingung

Die Außentreppe ist wie geplant auszuführen und das Verkehrszeichen Nr. 259 (Verbot für Fußgänger) ist oberhalb und unterhalb der Rampe anzubringen

- 9.7. von § 6 (3) HBauO "Die Abstandsflächen dürfen sich nicht überdecken" für die Überdeckung der Abstandsfläche um bis zu 0,95 m zwischen dem Wohngebäude B und D über eine Breite von 3,80 m auf eigenem Grundstück

- 9.8. von § 28 (2) HBauO für den Verzicht auf die Ausbildung einer inneren Brandwand im Gebäude B

Bedingung

Eine Unterteilung ist durch feuerbeständige Trennwände auszuführen (siehe Brandschutzkonzept G15-1407-F-01-00, Bauvorlage 8/26 a, Pkt. 10.2, Verweis auf BPD 5/2012 zu § 28 (2) Satz 1 Nr. 2)

- 9.9. von § 28 (7) HBauO -"Bauteile mit brennbaren Baustoffen dürfen über Brandwände nicht hinweggeführt werden"- für das Überführen von brennbarer Dämmung im Sockelbereich der Brandwand

Aus bauphysikalischen Gründen ist die Verwendung von nichtbrennbaren mineralischen Dämmstoffen im Spritzwasserbereich nicht möglich. Es ist vorgesehen, für diesen Fassadenteil eine schwerentflammbare Polystyrol-Hartschaumdämmung (XPS) zu bebauen.

Bedingung

Die Dämmung ist entsprechend den Empfehlungen des BPD 5/2012 oberhalb einer massiven, feuerwiderstandsfähigen Decke oder gegen das Erdreich zu montieren. Die brennbare Dämmung darf in diesem Fall eine Höhe von 60 cm sowie eine Dämmschichtdicke von 20 cm nicht überschreiten. Die Mindeststärke der mineralischen Putzschicht muss 5 mm betragen (siehe Brandschutzkonzept G15-1407-F-01-00, Bauvorlage 8/26 a, Pkt. 13.3, Verweis auf BPD 5/2012)

Rechtswirksamkeitsvorbehalt (Aufschiebende Bedingungen)

10. Von der Genehmigung darf erst Gebrauch gemacht werden nach

- 10.1. Übertragung der zukünftigen Gehwegfläche in das Eigentum Hamburgs

Durch die erforderliche Verlagerung des öffentlichen Gehweges, ausgelöst durch das beantragte Bauvorhaben, muss vor Baubeginn die derzeitige private Fläche des zukünftigen öffentlichen Gehwegbereiches kosten- und lastenfrei in das Eigentum Hamburgs übertragen worden sein. Hierzu ist ein entsprechendes Flächenangebot beim Landesbetrieb für Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) abzugeben.

- 10.2. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (Umgestaltung öffentlicher Bereich)

Für die Absicherung der vom Neubauvorhaben ausgelösten Umgestaltung des öffentlichen Bereiches ist vor Baubeginn ein öffentlich-rechtlicher Vertrag, gemäß § 13 Abs. 5 HWG vom 22.01.1974 in der jeweils gelten Fassung, abzuschließen. Dieser Vertrag muss vor Baubeginn abgeschlossen sein und Rechtskraft erlangt haben.

In diesem öffentlich-rechtlichen Vertrag ist die Planung, Finanzierung und Bauausführung für den öffentlichen Bereich bzw. zukünftigen öffentlichen Bereich zu sichern.

- 10.3. Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrages (Baumfällungen Straßenbäume)

Die in Aussicht gestellte Fällgenehmigung für sechs Straßenbäume (Schwedische Maulbeere) erfolgt unter der Bedingung, dass durch den Antragsteller vor Baubeginn ein monetärer Wertausgleich in noch festzulegender Höhe geleistet wird. Der Wert der Bäume und die daraus resultierende Höhe des Betrages sind von einem bestellten Gutachter nach der Methode Koch zu ermitteln und der Abteilung Stadtgrün nachzuweisen.

Die Nachpflanzung von Ersatzbäumen in der Blücherstraße gemäß Freiflächenplan ist mit der Abteilung Stadtgrün des Bezirksamtes Altona abzustimmen. Die Umsetzung erfolgt durch den Antragsteller und kann auf den zu erstattenden Wertausgleich angerechnet werden.

Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Durchführung der Fällungen mit der Abteilung Stadtgrün des Bezirksamtes Altona ist vor Inanspruchnahme der Ausnahmegenehmigung zu schließen.

10.4. Löschung der Baulast Nr. 215015

Vor Baubeginn ist die Baulast Nr. 215015 zu löschen.

10.5. Verschmelzung der Flurstücke 282, 283, 2470, 2541, 2542, 2543, 2544, 2545, 2546 in der Gemarkung Altona-Südwest durch grundbuchamtliche Eintragung zu einem Baugrundstück

Diese Nebenbestimmungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Genehmigungseinschränkungen (aufschiebende Bedingung)

11. Mit den entsprechenden Bauarbeiten darf erst begonnen werden, wenn über folgende Prüfgegenstände ein Ergänzungsbescheid erteilt worden ist:

11.1. Standsicherheit

Hierfür ist der erforderliche Nachweis gemäß § 14 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.

11.2. Nachweis des Wärmeschutzes und der Energieeinsparung

Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 16 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.

11.3. Prüfung der abwasserrechtlichen Belange

Hierfür sind die erforderlichen Bauvorlagen gemäß § 18 Abs. 2 der Bauvorlagenverordnung in der geltenden Fassung (BauVorlVO) zur Prüfung nachzureichen.

Diese Einschränkungen verlängern nicht die Geltungsdauer der Genehmigung nach § 73 Absatz 1 HBauO.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid können Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch bei der im Briefkopf bezeichneten Dienststelle einlegen (§ 70 VwGO).

Der Bescheid umfasst auch die

###

Unterschrift

Gebühr

Über die Gebühr ergeht ein gesonderter Bescheid.

Weitere Anlagen

Formblatt - Mitteilung über die Innutzungnahme

Anlage - Statistikangaben zur Umsetzung des HmbTG

Anlage zum Bescheid
###

Transparenz in HH

Anlage

STATISTIKANGABEN ZUR UMSETZUNG DES HmbTG

Dieser Bescheid wird im Transparenzportal Hamburg veröffentlicht (§ 3 Abs. 1 Nr. 13 HmbTG). Vor der Veröffentlichung werden persönliche Daten aus dem Dokument entfernt.

Für das Transparenzportal wird der Bescheid um folgende Angaben ergänzt:

Art der Baumaßnahme: Errichtung

Art der beantragten Anlage: Gebäude, Gebäudeklasse 3 und 5

Art des Gebäudes nach künftiger Nutzung: Reines Wohngebäude

Zahl der Vollgeschosse: 5 Vollgeschosse